



Foto: Klaus Lederer

Einen Politikwechsel gibt es nur mit uns

Glaubwürdigkeit ist heutzutage eine viel gebrauchte Vokabel in der Politik. Dass sich dahinter höchst unterschiedliche Vorstellungen verbergen können, machten vor wenigen Wochen vier Abgeordnete der hessischen SPD deutlich, als sie ankündigten, ihrer eigenen Genossin die Stimme bei der Wahl zur Ministerpräsidentin zu versagen. Als Grund nannten sie nicht etwa gravierende inhaltliche Differenzen zum ausgehandelten Koalitionsvertrag. Vielmehr sahen sie die Glaubwürdigkeit der SPD durch die Kooperation mit der LINKEN beschädigt. Dass sie damit der Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Anspruchs, Roland Koch abzulösen und einen Politikwechsel in Hessen einzuleiten, einen Bärendienst erwiesen, wurde von ihnen als weniger wichtig angesehen. Interessant an dem Vorgang ist weniger das Glaubwürdigkeitsdilemma als vielmehr die Bestätigung der These, dass es einen Politikwechsel in diesem Land nur mit und nicht unter Ausgrenzung der LINKEN geben wird. Leider wird uns in Berlin nun noch länger allein die Aufgabe zufallen, den erlebbaren Beweis dafür anzutreten. Das können und sollten wir selbstbewusst, verantwortungsvoll und mit aller Kraft tun. Gerade für unsere Genossinnen und Genossen in Thüringen, Brandenburg und im Saarland wird es im nächsten Jahr noch wichtiger werden, auf Erfolge der LINKEN in rot-roten Regierungen verweisen zu können. Denn überzeugender als jedes Flugblatt bleibt die praktische Tat.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

9. November 2008 – Drei markante Daten: Der 90. Jahrestag des Beginns der Novemberrevolution, der Geburtsstunde der ersten deutschen Republik, und der 70. Jahrestag der von den Nazis zynisch als »Kristallnacht« bezeichneten Reichspogromnacht 1938 (Foto: Gedenktafeln, Jüdisches Gemeindezentrum in der Fasanenstraße). Und nicht zuletzt ein Ereignis der jüngeren Geschichte, die Öffnung der Mauer am 9. November 1989. DIE LINKE. Berlin war an vielen Gedenkveranstaltungen beteiligt.

Wahljahr 2009 – DIE LINKE ist bereit

Eines steht schon mal fest: 2009 wird ein Superwahljahr. Neben den Bundestags- und Europawahlen stehen in 8 Ländern Kommunalwahlen und in 5 Landtagswahlen ins Haus. Auf die Neuwahl des Landtags in Hessen im Januar folgen dann in der 2. Hälfte des Jahres die Wahlen im Saarland, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. In Hessen will DIE LINKE den Einzug wieder schaffen, in allen anderen Ländern gilt es, die CDU aus der Regierung zu drängen und Mehrheiten für eine andere Politik zu erreichen. Noch nicht ganz klar ist, unter welchen Bedingungen die Wahlen stattfinden werden. Aber alle Zeichen weisen darauf hin, dass die Finanzkrise sich zu einer schweren Wirtschaftskrise ausweitet, deren Folgen vor allem die sozial Benachteiligten am Härtesten treffen werden. Doch auch in den Mittelschichten werden die Abstiegsängste zunehmen. Für DIE LINKE als Partei der sozialen Gerechtigkeit wird die Herausforderung darin bestehen, die Interessen der Betroffenen zu artikulieren und Wege aufzuzeigen, die nicht nur einen Ausweg aus der Krise ermöglichen, sondern auch die Chance auf grundsätzlichere Veränderungen der bestehenden Ordnung eröffnen. DIE LINKE will in die zu erwartenden Auseinandersetzungen eingreifen und dabei und in ihren Wahlkämp-

fen eine Kultur pflegen, die populär, aber nicht populistisch, nie egoistisch, nationalistisch oder andere gesellschaftliche Gruppen diskriminierend ist.

DIE LINKE in Berlin ist für das Superwahljahr gut aufgestellt. Rot-Rot in Berlin zeigt, dass auch unter schwierigen Bedingungen politische Alternativen machbar sind. Öffentlich geförderte Beschäftigung zu Mindestlöhnen, eine Schule mit gleichen Chancen für alle, die Einführung der Beitragsfreiheit bei Kitaplätzen, ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr, der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge sind Beispiele, die inzwischen weit über Berlins Grenzen hinweg ausstrahlen. Über die Bedingungen, Voraussetzungen und Grundlinien der bevorstehenden Wahlkämpfe wird der 2. Landesparteitag diskutieren. Und danach geht's auch schon los. Wir haben beim Volksentscheid zu Tempelhof wie auch durch die Unterstützung der Wahlkämpfe in den westlichen Landesverbänden gezeigt, dass wir kampagnenfähig sind. Das ist wichtig, denn eines ist auch klar: Beschlüsse machen keinen Infostand und stecken keine Wahlkampfzeitung. Das müssen wir, die Mitglieder selbst leisten.

■ Carsten Schatz, Landesgeschäftsführer

Thema:

Mitmachen beim Online-Dialog

Noch bis zum 10. Dezember 2008 sind die Berlinerinnen und Berliner aufgerufen, sich im Internet mit ihren Positionen und Ideen in die Debatte für eine familienfreundliche Stadt einzumischen. Die Anregungen sollen in den offiziellen Familienbericht 2010 einfließen. DIE LINKE unterstützt das Projekt des Berliner Beirats für Familienfragen. Das parteiunabhängige Gremium setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Verbände, Kirchen, der Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Es ist vom Senat beauftragt, die Interessen von Familien in die Politik einzubringen. DIE LINKE ist im Familienbeirat vertreten. www.zusammenleben-in-berlin.de

Tarifeinigung ist ein Anfang

DIE LINKE in Berlin hat die Einigung der Tarifparteien im öffentlichen Dienst begrüßt. Es sei gut, dass der Senat erneut an den Verhandlungstisch zurückgekehrt ist, erklärten die Fraktions- und der Landesvorsitzende, Carola Bluhm und Klaus Lederer. Auch die Gewerkschaftsvertreter hätten die Chance genutzt, einen bereits im Sommer greifbaren Kompromiss noch für 2008 zu ermöglichen. 65 Euro mehr im Monat entsprechen in den unteren und zum Teil auch mittleren Einkommensklassen den geforderten 2,9 Prozent. Nicht weniger wichtig sei, dass sich die Tarifparteien auch auf den Eintritt in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) und einen Fahrplan für Verhandlungen über die Zeit nach 2009 verständigt haben.

Mit gutem Beispiel voran

In 4. aktualisierter Auflage erschienen ist im November das Flugblatt „Links und mit gutem Beispiel voran“. Es gibt kurz gefasst Auskunft darüber, was die LINKE in Regierungsverantwortung erreicht hat und wie sie mit ihren Themen das Gesicht von Rot-Rot prägt. Das Material ist in der Fraktion und im Landesvorstand erhältlich. www.linksfraktion-berlin.de/politik/publikationen/

Dem Abschwung klug begegnen

Die Krise und Vorschläge der LINKEN

Tag für Tag erreichen uns neue Meldungen, teils aus der Realwirtschaft, wo Produktionen vorübergehend stillgelegt, gedrosselt oder weitere staatliche Hilfen gefordert werden, teils von weiteren Finanzinstituten, die in Schwierigkeiten geraten sind.

Noch ist die Krise nicht mit voller Wucht in Berlin angekommen. Die meisten Unternehmen arbeiten gegenwärtig ihre aus dem 1. Halbjahr gut gefüllten Auftragsbücher ab. Im nächsten Jahr aber wird der weltwirtschaftliche Abschwung auch in Berlin mit ganzer Macht ankommen.

Klar ist, Berlin kann sich mit seinen eigenen begrenzten Mitteln nicht einem konjunkturellen Abschwung entgegenstemmen. Dies ist Aufgabe des Bundes. Dennoch kann und wird Berlin seinen Beitrag leisten. Wir werden die landeseigene Investitionsbank IBB und die Bürgerschaftsbank einsetzen, um eine Kreditklemme für kleine und mittelständische Unternehmen zu verhindern. 1 Milliarde kann die IBB hierfür an zusätzlicher Liquidität zur Verfügung stellen. Gleichzeitig muss Berlin – anders als in den letzten Jahren – seinen Investitionshaushalt vollständig und beschäftigungswirksam einsetzen. 2008 nicht verbrauchte Mittel sollten in das Jahr 2009 übertragen werden und so zusätzliche Beschäftigungsimpulse z. B. durch energetische Sanierung öffentlicher Gebäude wie Schulen, Kitas usw. bringen.

Aber was macht der Bund?

Die Bundesregierung hat ein „Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ vorgelegt, das den Namen Konjunkturprogramm

nicht verdient. Es ist ein Sammelsurium ausschließlich auf Unternehmen ausgerichteter Einzelmaßnahmen. Hier wird nur den Eindruck vermittelt: „Wir tun was“, real aber wird sich keine Wirkung zeigen. Das Abwärtsschieben in die tiefste Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg wird es nicht verhindern können.

Erfolg dagegen hätte, jetzt auf den Massenkonsum zu setzen. So könnte die Anhebung des Hartz IV-Satzes auf 435 Euro einen kräftigen Konsumschub auslösen. Das Festsetzen eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,44 Euro wäre die richtige Antwort auf den von der Bundesregierung systematisch über die Agenda 2010 ausgeweiteten Niedriglohnssektor. Gezielt sollte auch der private Konsum durch die Ausgabe von Konsumschecks an Haushalte bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze angekurbelt werden, die für die Anschaffung energiesparender Konsumgüter eingesetzt werden könnten.

In einem zweiten Schritt sollte ein umfangreiches Programm öffentlicher Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft und Klimaschutz aufgelegt werden. Wir müssen in der gegenwärtigen Situation mehr Geld in die Hand nehmen, als die Bundesregierung bisher vorsieht. Jetzt muss nicht gekleckert, sondern geklotzt werden. 1% des Bruttoinlandsproduktes ist das Mindeste für ein echtes Konjunkturprogramm, angesichts der Tiefe der Krise werden 2% – wie vom Nobelpreisträger J. Stiglitz gefordert – notwendig sein, also 50 Mrd. Euro.

■ Harald Wolf,
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen



Berlins Mitte: Der Abriss des Palastes der Republik zog sich über mehrere Jahre hin und wurde immer teurer. DIE LINKE war gegen den Abriss, der nun eine Tatsache ist. Jetzt werden wir uns weiter einmischen und – egal, welcher Architektentwurf umgesetzt wird – uns für eine öffentliche Nutzung des künftigen Gebäudes durch die Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste einsetzen.

Foto: Annegret Gabelitz

DIE LINKE. *lernt!*

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November: „Justiz und Polizei haben in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen, Lücken in der Interventionskette gegen Gewalt an Frauen zu schließen. Gewaltschutzgesetz und Platzverweis stärken die Rechte der Opfer und zeigen Tätern zunehmend ihre Schranken“, erklärte Evrim Baba, frauenpolitische Sprecherin der Berliner Linksfraktion. „Dennoch besteht weiter großer Handlungsbedarf: Allein im Jahr 2007 wurden von 10653 Fällen häuslicher Gewalt bei der Anwaltschaft 8218 Verfahren mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. ... In Berlin gibt es Beratungsprojekte, die über langjährige Erfahrungen in der Täterarbeit verfügen und die wissenschaftlich begründete Qualitätsstandards erfüllen. Darüber hinaus arbeitet in der Berliner Interventionszentrale gegen häusliche Gewalt ein Koordinator für Täterarbeit, um diese effektiver in die Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu integrieren und die opferschützenden mit den täterorientierten Maßnahmen abzustimmen.“

Foto: terre des femmes, Stadt Wien

Soziale Gerechtigkeit muss Punkt eins der europäischen Tagesordnung werden!

Das Ergebnis des Treffens der G-20 in Washington war ein Minimalkompromiss: Durch Kontrolle und Transparenz soll eine neue Finanzmarktkrise verhindert werden. Aber welche konkreten Maßnahmen folgen, ist offen. Mit dem System der globalen Umverteilung von unten nach oben, das für die Krise hauptverantwortlich zeichnet, wird nicht einmal ansatzweise gebrochen. Es ist doch schizophoren, dass bislang die unvorstellbare Summe von 2,5 Billionen Euro aufgebracht wurde, um Banken zu retten. Noch bei keinem Menschheitsproblem hat es einen solchen Kraftakt gegeben. Mit diesem Geld hätte man längst die ärgste Armut bekämpft und das Klima gerettet. Was folgt daraus? An die Stelle der freien Marktwirtschaft muss eine soziale Weltwirtschaftsordnung treten – und dabei sollte die UNO eine Führungsrolle übernehmen. Eine neue Weltfinanzordnung muss Sozialstaatlichkeit fördern, den Verarmungsprozess stoppen und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften voranbringen. Die Europäische Union könnte diese neue Ordnung mitgestalten – vorausgesetzt, sie stellt unter Beweis, dass die Rezession als Folge der Finanzkrise durch gemeinsames europäisches Handeln wirksam bekämpft wird. Das aber setzt voraus, dass die soziale Gerechtigkeit, wie im Entwurf des Europawahlprogramms der LINKEN gefordert, Punkt eins der europäischen Agenda wird. Es ist doch nicht länger hinnehmbar, dass die Schere

zwischen Arm und Reich immer größer wird, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Die EU muss deshalb zunächst ihr eigenes Haus in Ordnung bringen. Das beginnt damit, dass der mausetote Stabilitätspakt durch einen Wirtschafts- und Sozialpakt ersetzt wird. Der Neoliberalismus hat schlicht abgewirtschaftet, und es ist höchste Zeit für einen „wind of change“ in Europa.

So ruft denn auch der Europäische Gewerkschaftsbund für den 16. Dezember zu einer Großdemonstration nach Straßburg auf, um den Regierungen der 27 EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die künftigen Arbeitszeitregelungen in der EU die rote Karte zu zeigen. Es versteht sich von selbst, dass wir Abgeordneten der linken GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament mit auf die Straße gehen werden, denn es ist schlichtweg inakzeptabel, dass der Rat der EU-Arbeits- und Sozialminister Kurs darauf nimmt, die EU-Arbeitszeitrichtlinie massiv zulasten der Beschäftigten zu verschlechtern. Dies ist nur eines der hochaktuellen Themen, das DIE LINKE gerade mit Blick auf die Europawahlen am 7. Juni 2009 offensiv angehen wird, und zwar gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken hier in Berlin ebenso wie in Prag oder Paris.

■ *Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament*

DIE LINKE lud am 8. November zum bundesweiten Bildungstag nach Bernau in den Hannes-Meyer-Campus ein. Parteivorstand und Kommission für Politische Bildung berieten mit Verantwortlichen bzw. an innerparteilicher Bildung Interessierten aus den Ländern und Kreisen über den Aufbau einer kontinuierlichen Bildungsarbeit in der Partei. Unser Landesverband war mit vielen Bildungsbewegten aus fast allen Bezirken gut vertreten.

Politische Bildung der LINKEN muss in die Partei hineinwirken und soll auch ein Angebot an die Bevölkerung sein. Wir brauchen Grundlagenbildung, um gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen und Änderungen herbeiführen zu können. Zum Beispiel die Finanzmarktkrise: Was sind die Ursachen dieser sich rasant ausweitenden Krise und welche linken Antworten darauf haben wir? Welche Rolle kann dabei die innerparteiliche Bildung spielen?

Viel Raum für die Debatte ermöglichen, von den konkreten Erfahrungen der Menschen und von der aktuellen Situation ausgehen, handlungsorientiert lernen und nicht zuletzt Spaß am Lernen fördern – das sind wichtige Komponenten erfolgreicher innerparteilicher politischer Bildung. Es geht uns um emanzipatorisches, teilnehmerorientiertes und aktives Lernen. Dafür brauchen wir gut ausgebildete Teamer/innen und motivierte Teilnehmer/innen. Großen Beifall fand das Programm „... freilich, wenn es anders wäre, müsstest du lernen“, das Gina Pietsch und der Pianist Uwe Streibel präsentierten und das sie mit Texten und Liedern von Brecht, Tucholsky, Heine u. a. als überzeugenden Diskussionsbeitrag zum Thema „DIE LINKE lernt“ gestalteten.

■ *Annegret Gabelin*

Termine:

9. Dezember

Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus

Jahresabschluss – ein Brecht-Programm

Musikalisches Programm mit Gina Pietsch und Uwe Streibel

Eintritt: 1,50 Euro

14 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus,

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

10. Dezember

Stadtgespräche – AK Linke Metropolenpolitik

Alternativen in der Arbeitsgesellschaft

Referentinnen: Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Elisabeth Voß, NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.

Eintritt: 1,50 Euro

19 Uhr, Turm des Hauses am Frankfurter Tor 9, 10243 Berlin

11. Dezember

Reihe »Baustelle Europa«

Brennpunkt Naher Osten:

Zwischen Krieg und Hoffnung

Mit Ilan Mor, Gesandter, israelische Botschaft, Berlin (angefragt); Holk Freytag, Intendant und Regisseur, Staatsschauspiel Dresden; Dr. André Brie, MdEP, Fraktion GUE/NGL; Bärbel Romanowski, Moderation

19 Uhr, Europahaus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin

14. Dezember

Roter Bock

Mit Herbert Köfer, Schauspieler; Albrecht Müller, Publizist; Jaecki Schwarz, Schauspieler; am Piano: Michael Letz. Gastmoderator: Hanno Harnisch

Eintritt: 1,50 Euro

10.30 Uhr, Kabarett Charly M., Karl-Marx-Allee 133, 10243 Berlin

15. Dezember

Reihe Kreuzberger Diskurse

Kämpfe um Hegemonie in der Alltagskultur

Referentinnen: Iris Nowak, Hamburg, und Christina Kaindl. Moderation: Jan Niggemann

Eintritt: 1,50 Euro

19 Uhr, Max und Moritz, Oranienstraße 162, 10969 Berlin

Auch 2009:

Pfingsten mit der LINKEN am Werbellinsee

29. Mai bis 1. Juni 2009

Anmeldung: DIE LINKE. Berlin

BerlinInfo und Landesvorstand der LINKEN Berlin wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2009. Möge dieses Superwahljahr für DIE LINKE ein erfolgreiches sein.

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 25. 11. 2008

Kalenderblatt: 30. Dezember 1928

1. Reichskonferenz der KPD-Opposition

Auszug aus einer Rezension von Mario Keßler über das Buch von Theodor Bergmann: Gegen den Strom

Das Buch „erzählt die Geschichte politisch Ausgegrenzter. An der Jahreswende 1928/29 formierten sich die kurz zuvor aus der KPD ausgeschlossenen oder ausgetretenen kritischen Kommunisten zur eigenständigen Organisation, die sich aber zunächst noch als oppositioneller Teil innerhalb der KPD verstand. Diese erblickte jedoch in ihren einstigen Genossen Agenten des Klassenfeindes. Die Gründe für den Bruch waren zum einen der Widerstand der KPDO gegen die sklavische Unterordnung der Thälmann-Führung unter die Weisungen Moskaus, zum anderen der »Sozialfaschismus«-Kurs der KPD, die in der SPD einen Flügel des Faschismus sah, zum dritten die Erkenntnis der KPDO, dass die Weimarer Republik mit ihrer Verfassung den besten Kampfboden für die angestrebte sozialistische Revolution darstellte und daher gegen ihre Feinde von rechts verteidigt werden musste.

Um Heinrich Brandler, den Vorsitzenden der kleinen Partei, und August Thalheimer, den bedeutendsten marxistischen Theoretiker Deutschlands jener Zeit, formierten sich Aktivisten, deren Namen auch heute einen guten Klang unter den Linken haben“ ... [darunter] „auch Theodor Bergmann, der damals in der Jugendorganisation der Partei aktiv war. Die Zeitung der KPDO, »Gegen den Strom«, bezeugt das hohe theoretische Niveau innerhalb der Partei. Es zeigt sich in glänzenden Analysen des Faschismus und des Antisemitismus, deren Gefährlich-

keit schon vor Hitlers aufhaltsamem Aufstieg klar erkannt wurde, in marxistischen Analysen der Welt-politik, insbesondere der Wendungen kommunistischer Politik und in kritischen Kommentaren zur inneren Situation der Sowjetunion, die noch heute wichtige Quellen zu deren Verständnis darstellen ...

Dank ihrer realistischen Analyse war die KPDO auf den Machtantritt des Faschismus und die unvermeidliche Illegalität weit besser vorbereitet als KPD und SPD. Die genaue Schilderung des antifaschistischen Widerstandskampfes durch KPDO-Mitglieder gehört zu den besten Teilen des Buches“ ...

Verwiesen wird auf die „Notwendigkeit, aus der Geschichte der KPDO die Lehre zu ziehen, dass nicht die numerische Größe eine Sekte kennzeichnet, sondern die Abgeschlossenheit von der politischen Wirklichkeit. Ob die Sektierer in der KPD oder der KPDO saßen, bleibt dem Urteil der Lesenden überlassen. Es dürfte aber eindeutig zugunsten der Opposition ausfallen. Sie wurde vom Propagandaapparat der KPD als »KPD-Null« verspottet, doch fiel diese Diffamierung auf ihre Urheber selbst zurück.“

Quellen:

Utopie kreativ, Nr. 168, Oktober 2004, S. 955 ff. (Rezension v. M. Keßler)

Theodor Bergmann: *Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD (Opposition)*, VSA-Verlag Hamburg, 2001, 29,70 Euro, ISBN 3-87975-836

Kommt zu Rosa und Karl!

90. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Sonntag, 11. Januar 2009

9–13 Uhr

Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde

Bringt Blumen mit.